

# Inhaltsverzeichnis

<u>Danksagung</u> .....	9
<u>Vorwort</u> .....	11
<u>1 Einleitung</u> .....	13
<u>1.1 Die Europa-Wahrnehmung in der Volksrepublik Polen, der ČSSR und der DDR vor dem Hintergrund des geteilten Kontinents (1965-1975): Forschungsanliegen und Fragestellung</u> .....	15
1.2 Forschungsstand .....	20
1.3 Europaforschung als Diskursanalyse .....	26
1.4 Kulturwissenschaftliche Herangehensweise an die Erforschung der Europa-Bilder im Ostblock .....	29
<i>Europa im Ostblock zwischen Transfer und Entfremdung</i> .....	29
<i>Zur Visual History Europas</i> .....	31
<i>Öffentlichkeit(en) im Ostblock</i> .....	32
<i>Quellenbasis</i> .....	34
1.5 Struktur der Arbeit .....	37
<u>2 Plädoyer für ein ‚Europa‘ in Sicherheit und Frieden im Kontext seiner Zeit</u> .....	41
<u>2.1 Pro-europäische Propaganda im offiziellen Diskurs der kommunistischen Parteien des Ostblocks</u> .....	43
<i>Sozialistische Initiativen und Erklärungen für Sicherheit und Entspannung in Europa</i> .....	43
<i>Von den Stalin-Noten zum Rapacki-Plan: die sozialistischen Initiativen der fünfziger Jahre</i> .....	43
<i>Die Bukarester Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Paktes vom 6. Juli 1966</i> .....	48
<i>Die Karlsbader Erklärung der europäischen kommunistischen und Arbeiterparteien über europäische Sicherheit vom 26. April 1967</i> ....	51
<i>Der Budapester Appell des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Paktes vom 17. März 1969</i> .....	53
<i>Die Prager Erklärung des Warschauer Paktes vom 31. Oktober 1969 und die Prager Erklärung vom 26. Januar 1972</i> .....	55
<i>Der langwierige KSZE-Prozess</i> .....	58
<i>Multilaterale Konsultationsvorbereitungen in Helsinki (22. November 1972-8. Juni 1973) und I. Phase der KSZE (3.-7. Juli 1973)</i> .....	58
<i>Kommissionsphase in Genf (18. September 1973-21. Juli 1975) – II. Phase der KSZE</i> .....	60

	<i>Gipfeltreffen in Helsinki – III. Phase der KSZE (30. Juli-1. August 1975)</i> .....	61
	<i>Forschungsinstitute für Internationale Angelegenheiten und ihre Rolle in der KSZE-Propaganda</i> .....	68
2.2	Nationale Differenzen und Affinitäten zwischen der Volksrepublik Polen, der ČSSR und der DDR vor dem Hintergrund des KSZE-Prozesses .....	78
<b>3</b>	<b><u>Europa in der offiziellen kulturpolitischen Publizistik</u></b> .....	<b>85</b>
<b>3.1</b>	<b><u>Zur Lage der kulturpolitischen Presselandschaft im Ostblock. Funktionsmechanismen und Kontrollsysteme</u></b> .....	<b>87</b>
	<i>Die Volksrepublik Polen</i> .....	87
	<i>Die ČSSR</i> .....	90
	<i>Die DDR</i> .....	91
3.2	Öffentlichkeit zwischen verordneten Richtlinien und Freiheitsräumen. Aufgabengebiete und Entwicklung dreier ‚Normalisierungsprodukte‘ .....	93
	<i>Wochenpost</i> .....	94
	<i>Polityka</i> .....	96
	<i>Tvorba</i> .....	102
3.3	Europadiskurse in den Wochenzeitschriften: oktroyierte Transnationalität oder inspirierende Rolle des Ausschlussmechanismus? ...	105
	<i>Europeanarrative als Spiegelbild der Politik</i> .....	106
	<i>Der Warschauer Pakt als Initiator und Hüter der europäischen Sicherheit</i> .....	106
	<i>Auf dem Weg zur KSZE</i> .....	115
	<i>In den Fesseln des Nationalen?</i> .....	121
	<i>Hoffnung Frankreich</i> .....	121
	<i>Deutschland im europäischen Kontext</i> .....	124
	<i>Blicke auf die EWG: Zwischen Kritik und verschleierter Bewunderung</i> .....	130
	<i>Infragestellung des EWG-Monopols auf ‚Europa‘</i> .....	130
	<i>Innere Probleme der EWG</i> .....	139
	<i>Europa intensiv: Publizistische Polemiken</i> .....	141
<b>4</b>	<b><u>Visual History Europas: ostmitteleuropäische offizielle Satire (Szpilki, Dikobraz, Eulenspiegel)</u></b> .....	<b>151</b>
<b>4.1</b>	<b><u>Kontrollierte Freiräume oder ein gesteuertes Propagandainstrument?</u></b> .....	<b>153</b>
	<i>Szpilki</i> .....	154
	<i>Dikobraz</i> .....	156
	<i>Eulenspiegel</i> .....	157
4.2	Transfer und Entfremdung in der Alltagspraxis der ostmitteleuropäischen Karikatur .....	160

4.3	Die Durchsetzungskraft der nationalen Freund- und Feindbilder ..	161
	<i>Die Bundesrepublik Deutschland</i> .....	162
	<i>Die USA</i> .....	176
4.4	Europa – Membrane der geopolitischen Ereignisse .....	180
<b>5</b>	<b><u>Grenzen und Möglichkeiten des europäischen Dialogs: Tygodnik Powszechny als Fallbeispiel</u></b> .....	<b>191</b>
<b>5.1</b>	<b><u>Historische Kontinuitäten im geteilten Europa: Entstehung, Wirkung und Mitarbeiter der Wochenzeitschrift Tygodnik Powszechny</u></b> .....	<b>193</b>
5.2	Europa: eine kultur-zivilisatorische Einheit .....	201
	<i>Historisches Erbe des Kontinents: ein gemeinsames Fundament und Herausforderung</i> .....	201
	<i>Das Jahr 1966: ein Kampf um das Millenium</i> .....	211
5.3	Europa praktizieren .....	228
	<i>Europäische Werte auf polnischem Hof: Die politischen Initiativen des Tygodnik Powszechny</i> .....	228
	<i>Internationale Personennetzwerke zwischen Ost und West</i> .....	238
5.4	Europa individuell: Stefan Kisielewski .....	246
	<i>Gegen die ‚Verwestlichung‘ von Tygodnik Powszechny</i> .....	247
	<i>Unterwegs in Europa und über Europa hinaus</i> .....	251
	<i>Europa im Schatten des Pessimismus</i> .....	255
<b>6</b>	<b><u>Schlussbemerkungen</u></b> .....	<b>261</b>
<b>7</b>	<b><u>Summary</u></b> .....	<b>269</b>
	<b>Literatur- und Abkürzungsverzeichnis</b> .....	<b>273</b>
	<b>Namensregister</b> .....	<b>303</b>
	<b>Anhang: Karikaturen</b> .....	<b>311</b>

## Danksagung

Bei der Entstehung dieser Arbeit haben mehrere Personen und Institutionen geholfen. Zu allererst möchte ich der VolkswagenStiftung danken, die mir im Zeitraum von 2004 bis 2007 ein Promotionsstipendium im Rahmen des Projektes „Europa im Ostblock. Vorstellungswelten und Kommunikationsräume im Wandel (1945-1989/1991)“ gewährte und der Gerda Henkel Stiftung, die ein Abschlussstipendium (Juli 2007-Juni 2008) sowie die Druckkosten dieser Publikation übernahm. Diese Arbeit ist während meiner institutionellen Anbindung am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam entstanden, dessen MitarbeiterInnen stets für eine intellektuell stimulierende Atmosphäre sorgten. Dafür sowie für die Übernahme der Lektoratskosten ist dem ZZF Potsdam an dieser Stelle zu danken.

Diese Arbeit wäre ohne Unterstützung einzelner Personen nicht zu einem erfolgreichen Ende gebracht worden. Darunter sind mehrere Mitarbeiter aus Archiven in Polen und Tschechien zu nennen sowie meine Interviewpartner, die ich hier nicht alle namentlich aufführen kann. Prof. Dr. Detlef Pollack und Prof. Dr. Robert Traba standen mir während des gesamten Arbeitsprozesses mit hilfreichen Ratschlägen und Hinweisen als Gutachter zur Seite. Dr. Stefan-Ludwig Hoffmann und Dr. Kathrin Kollmeier danke ich für die aufmerksame Lektüre und eine ganze Reihe an hilfreichen Korrekturvorschlägen bei der Druckvorbereitung. Herrn Prof. Dr. Wolfgang Schmale sei gedankt für die Aufnahme des Buches in die von ihm herausgegebene Reihe „Herausforderungen“ beim Winkler-Verlag.

Für die sprachliche Korrektur der ersten Version des Manuskriptes sage ich Andrea Genest, Katja Stopka und Annett Zingler Dank sowie Stefanie Mürbe und Celia Donert für die Unterstützung bei der bearbeiteten Fassung. Mein besonderer Dank geht an Waltraud Peters, die das Manuskript für den Druck lektorierte.

Allen meinen Freunden, die mir Beistand geleistet haben, fühle ich mich sehr verpflichtet. Eine Person möchte ich besonders benennen: meinen Projektleiter und Freund, Dr. José M. Faraldo, ohne dessen Rat und Ermutigung ich mitunter die Kraft zum Weiterarbeiten nicht aufgebracht hätte. Meinen Eltern und meinem Mann sage ich dafür Dank, dass sie mir dabei halfen, die Balance zwischen Wissenschaft und Alltag zu meistern.

## Vorwort

1989/1990, als der Eiserne Vorhang geöffnet wurde, sowie 2004 anlässlich des Beitritts zur Europäischen Union sprachen viele ostmitteleuropäische Politiker von einer „Rückkehr nach Europa“. Diese Redeweise war verständlich angesichts von vier Jahrzehnten Teilung Europas, die mit einem Schlag überwindbar schien. Aber sie war ambivalent: Waren die ostmitteleuropäischen Staaten jahrzehntelang nicht in Europa gewesen? War der Sozialismus, ja, war der Stalinismus, „uneuropäisch“? Blickten alle immer nur nach Osten oder Südosten bzw. Nordosten, war alles allein auf die führende Macht, die Sowjetunion ausgerichtet? Waren alle Denktraditionen mit einem Mal unterbrochen und tabu?

All dies hatte nie zugetroffen, und so ist die damalige Redeweise eher als rhetorischer Ausdruck eines Aufatmens zu verstehen, dass nun wieder dieselben Dynamiken in allen Teilen Europas sich frei entfalten könnten und zu Europäisierungen führen würden, die nicht an einer künstlichen Grenze aufgehalten würden.

Denn faktisch war der europäische Faden trotz Eisernen Vorhangs und wenig vereinbar politischer Systeme nicht abgerissen. Der „Westen“ definierte sich selber nicht zuletzt auch in Abgrenzung und im Unterschied zum „Osten“, zum Ostblock, das heißt, ohne diesen wäre seine Identität wohl eine andere geworden oder gewesen. Umgekehrt galt dasselbe für den Osten. Die Entwicklung der europäischen Integration in Form der EWG, der EFTA und anderer Organisationen wurde genau beobachtet. Auch wenn im offiziellen Diskurs eher Probleme und Krisen der Integration herausgehoben wurden, so dürfte der Leser oder die Leserin aufgrund des hier zu würdigenden Buches von Paulina Gulińska-Jurgiel über das Ausmaß dieses Diskurses in den Pressemedien überrascht sein. Zudem war der Diskurs, trotz Zensur und Vorgaben der ZKs der kommunistischen Parteien, nie einheitlich und lebte von Subtexten.

Ein anderer und sicher gewichtigerer Diskurs war jener zur „europäischen Sicherheit“, in dem der Begriff Europa zwar teilweise wie eine Leerformel wirkt, andererseits aber die vom Ostblock bestimmten Sicherheitsinteressen ein ganz Europa umfassendes Konzept erforderten. „Europa“ musste folglich gedacht werden, entweder negativ als etwas anderes als EWG bzw. EG, oder positiv als europäisches Sicherheitssystem. Gerade aus Polen kamen in den 1960er-Jahren diesbezüglich mehrere Vorstöße, auch vor der UNO. Dass es zum KSZE-Prozess kam, hing mit solchen und anderen Initiativen zusammen.

Hinzu kam, dass in Ländern wie Polen und der Tschechoslowakei weit zurückreichende Traditionen des Europagedankens bestanden und auch im offiziellen Diskurs abgerufen wurden. Der Europagedanke war nicht nur im Exildiskurs präsent, sondern in den Ländern selber. Zieht man Bilanz der Ergebnisse aus den Forschungen von Paulina Gulińska-Jurgiel, so wird klar, dass Ostmitteleuropa 1989 nicht nach Europa zurückkehrte, sondern dieses nie verlassen hatte. Messbar ist dies an den Europadiskursen, die die Autorin untersucht.

Das hierfür gewählte Jahrzehnt von 1965 bis 1975 könnte spannender nicht sein. Während de Gaulle die EWG mit seiner Politik des leeren Stuhls und der beharrlichen Ablehnung einer Mitgliedschaft Großbritanniens seckierte und lähmte, während sich die Revolten von 1968 ankündigten, während der Prager Frühling mit Panzern beendet wurde, bahnte sich gleichwohl im Kontext der großen Frage europäischer Sicherheit ein grenzüberschreitendes Europa an, das am Schluss durch die Helsinki-Beschlüsse von 1975 (KSZE-Schlussakte) verdeutlicht wurde.

Aus historischen Gründen bildeten Polen, die DDR und die Tschechoslowakei einen Raum eigenen Charakters innerhalb des Ostblocks. Daraus gewann die Autorin ihr Untersuchungsgebiet. Abgesehen von Europadiskursen in der in diesem Buch näher definierten Presse spielen Karikaturen eine wesentliche Rolle, die als „Bild“ ihre Botschaften wahrscheinlich eingängiger als mehr oder weniger lange Artikel bei der Leserschaft verankern konnten. Gerade dieses Quellenmaterial lässt die Frage aufkommen, inwieweit bestimmte, heute feststellbare Haltungen zu Europa in Ostmitteleuropa nicht in den Europadiskursen, nicht zuletzt in den Bilddiskursen der Zeit vor 1989 fußen. Angesichts der Bedeutung anhaltender Europadiskurse in Ostmitteleuropa in der Zeit des Ostblocks ist nicht anzunehmen, dass diese mit der Öffnung der Grenzen über Nacht irrelevant wurden. Man muss sich mit diesen hinfort genauer und ausführlicher auseinandersetzen. Dass dies lohnend ist, zeigt das Buch von Paulina Gulińska-Jurgiel.

Wien, im Mai 2010

Wolfgang Schmale

## **1.1 Die Europa-Wahrnehmung in der Volksrepublik Polen, der ČSSR und der DDR vor dem Hintergrund des geteilten Kontinents (1965-1975): Forschungsanliegen und Fragestellung**

Das Forschungsvorhaben, in dessen Rahmen das vorliegende Buch entstand, ging von der grundlegenden Prämisse aus, dass die politische Teilung des europäischen Kontinents nach dem Zweiten Weltkrieg auch die Spaltung des europäischen Kommunikationsraumes mit sich brachte, sodass in dem Zeitraum zwischen 1945 und 1989 auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs zwei voneinander getrennte Vorstellungswelten entstanden, die sich fest im Bewusstsein der Ost- und Westeuropäer verankerten, zur gegenseitigen Entfremdung beitrugen und ihre Nachhaltigkeit über das Wendejahr 1989 hinaus beibehielten.<sup>1</sup> Dafür spricht die derzeit im öffentlichen Diskurs immer noch präsente Selbstwahrnehmung der Ostmitteleuropäer in Abgrenzung zum westlichen Teil Europas, wenn es um ihre Rolle und Verortung auf dem europäischen Kontinent geht.<sup>2</sup> Auch nach der Osterweiterung der Europäischen Union im Jahr 2004 zeigt sich immer wieder, dass eine wirtschaftlich-politische Integration des Kontinents noch lange nicht als Überwindung der kulturell und historisch bedingten Kluft zwischen beiden Teilen Europas gelten kann.<sup>3</sup> Zwar reflektieren immer mehr Forscher über die Möglichkeiten einer gemeinsamen, sich im Dialog herauskristallisierenden europäischen Erinnerung, die wiederum eine identitätsstiftende Rolle bei den Europäern

- 
- 1 Von diesen Annahmen ging auch das von der VolkswagenStiftung im Rahmen des Schwerpunktes „Einheit in der Vielfalt? Grundlagen und Voraussetzungen eines erweiterten Europa“ geförderte Forschungsprojekt „Europa im Ostblock. Vorstellungswelten und Kommunikationsräume im Wandel“ aus, das von 2004 bis 2007 am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam durch die Forschergruppe Dr. José M. Faraldo, Christian Domnitz und die Autorin des vorliegenden Buches durchgeführt wurde. Einen umfassenden Blick auf das gesamte Forschungsanliegen siehe bei dem Mitautor des Projektentwurfes: G. Thum, „Europa‘ im Ostblock. Weiße Flecken in der Geschichte der europäischen Integration, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Nr. 1/2004, 379-395.
  - 2 Ostmitteleuropa wird in dieser Arbeit in Übereinstimmung mit der von Klaus Zernack etablierten Aufteilung der osteuropäischen Geschichte in vier große Regionen (Ostmitteleuropa, Südosteuropa, Nordosteuropa und Russland) verwendet, vgl. K. Zernack, Osteuropa. Eine Einführung in seine Geschichte, München 1977, 31-66.
  - 3 Einerseits zählen die Ostmitteleuropäer zu den europafreudigen Völkern, gleichzeitig werden aber in dem alltagspolitischen Diskurs antieuropäische Parolen durchgehend verwendet und stoßen nicht nur bei den Randgruppen auf Verständnis. Eine kritische Auseinandersetzung mit solchen Standpunkten am Beispiel Polens, eingebunden in eine breitere Analyse zur polnischen Geschichtspolitik, siehe: L. Nijakowski, Polska polityka pamięci. Esej socjologiczny, Warszawa 2008, insb. die Kapitel „Polska Ludowa i jej polityka pamięci“, Ebenda, 114-122 (Zu Lenkungsmechanismen der Erinnerung in der Volksrepublik Polen) und „Niebezpieczna Unia Europejska“ (Zum ‚Schreckgespenst Europa‘ im aktuellen Diskurs Polens), Ebenda, 215-217.

spielen könnte. Jedoch übersehen sie in solchen Zusammenhängen nicht den Bedeutungsgrad der unterschiedlichen Erfahrungsbasis, die – zumindest bei den Ausgangspositionen – einen gegenseitigen Annäherungsprozess erschwert.<sup>4</sup> Sei es durch die Auseinandersetzung mit den neuralgischen historischen Erfahrungen (Schwan), sei es durch Polyphonie des Gedächtnisses (Traba) oder aber durch die vertiefte Beschäftigung mit den Unterschieden (Nora) – die Wissenschaftler zeichnen potenzielle Wege, die zur Überwindung dieser Spaltung führen könnten.

Ein Ansatzpunkt, der dieser Arbeit zugrunde liegt, ist der von Pierre Nora unter dem Komplex von Widersprüchen bei der Definierung der europäischen ‚Erinnerungsorte‘ genannte Widerspruch der ‚Grenze‘. Er verortet sich als Gegenteil zu den bei solchen Konstrukten a priori angenommenen Gefühlen der Zugehörigkeit und trifft damit für die vorliegende Analyse zu.<sup>5</sup> Denn aufbauend auf der Trennung Europas nach 1945, sowohl im politischen als auch im kulturellen Sinne, sowie mit der Ausgangsthese, dass die zwar in unterschiedlichen Formen und nicht überall, dennoch aber gerade im öffentlichen Diskurs immer noch präsente Europa-Skepsis in den ostmitteleuropäischen Ländern in einem direkten Zusammenhang mit diesem Phänomen steht, untersucht das vorliegende Buch die Europa-Wahrnehmung in drei Ländern des Ostblocks (Volksrepublik Polen, ČSSR, DDR) im Zeitraum zwischen 1965 und 1975.<sup>6</sup>

Dabei versteht sich diese Arbeit jedoch weder als Legitimierungsversuch der Osterweiterung der Europäischen Union noch als Bestätigung der These über die Zugehörigkeit Ostmitteleuropas zu Europa, noch als Beitrag zur Sinnstiftung der europäischen Identität.<sup>7</sup>

Eine systematische Untersuchung und Beschreibung der Wahrnehmung von ‚Europa‘ im Ostblock, nicht ein normativer Charakter der Fragestellung, prägen das Profil der vorliegenden Arbeit. Durch einen so festgelegten Zugriff wird eine Antwort auf die Frage angestrebt, inwiefern ‚Europa‘ in den untersuchten Ländern als eine politische, wirtschaftliche, geographische oder kulturelle Gegebenheit funktionierte oder aber lediglich als Behelf ideologischer Zwecke diente.

In der praktischen Umsetzung bedeutet dies die Auseinandersetzung mit vier Fragenkomplexen:

4 Siehe z. B. P. Nora, Auf der Suche nach europäischen „Orten der Erinnerung“, in: Abendland unter? Reden über Europa, hg. v. H. Schulte-Noelle; M. M. Thoss, Kreuzlingen u. a. 2007, 150-156; G. Schwan, Europäische Erinnerungskulturen, in: Ebenda, 145-149; R. Traba, Polyphonie des Gedächtnisses, in: Ebenda, 157-163. Siehe auch *Conflicted Memories. Europeanizing Contemporary Histories*, hg. v. K. H. Jarausch; T. Lindenberger, in collaboration with A. Ramsbrock, New York/Oxford 2007; H. Rouso, Das Dilemma eines europäischen Gedächtnisses, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History*, Nr. 1/2004, 363-378; W. Schmale, „Osteuropa“: Zwischen Ende und Neudefinition?, in: *Europa im Ostblock. Vorstellungen und Diskurse (1945-1991)/Europe in the Eastern Bloc. Imaginations and Discourses (1945-1991)*, hg. v. J. M. Faraldo; P. Gulińska-Jurgiel; C. Domnitz, Köln u. a. 2008, 23-35.

5 Vgl. Nora, Auf der Suche, 150-151.

6 Das klassische Werk zum Ostblock: J. Hacker, *Der Ostblock. Entstehung, Entwicklung und Struktur. 1939-1980*, Baden-Baden 1983.

7 Zu derartigen Vorwürfen siehe J. M. Faraldo, *Europavorstellungen im Ostblock. Zwischen Anagnung und Ablehnung*, in: *Faraldo u. a., Europa im Ostblock*, 11-21.



Erstens wird erforscht, welche Rolle die Konzeptionen von ‚Europa‘ in den jeweiligen Ostblock-Staaten erfüllten, inwiefern sie von politischen Interessen determiniert wurden, also – um mit Heinz-Gerhard Haupt zu sprechen – für welche Ziele ‚Europa‘ als Chiffre benutzt wurde.<sup>8</sup> In diesem Zusammenhang wird gefragt, ob die Europa-Diskurse nur als politisches Mittel und Instrument zur positiven Selbstdarstellung des Ostblocks galten oder aber einen reflexiven Gedankenprozess darstellten.

Zweitens werden die Überschneidungen von ‚Europa‘ und der ‚Nation‘ genau überprüft. Da zur Untersuchung die Debatten aus drei Ländern, die jeweils durch eine andere Geschichte und Tradition geprägt wurden, herangezogen werden, verspricht die Auseinandersetzung mit dem Verhältnis zwischen ‚Europa‘ und der ‚Nation‘ gewinnbringende Erkenntnisse. Es wird einleitend angenommen, dass diese Beziehung durchaus durch das historische Erbe, durch Ängste sowie durch Freund- und Feindbilder beeinträchtigt wurde, wobei diese Determinanten auch für die nationale und europäische Identität im Einzelnen gelten.<sup>9</sup> Dies, in Verbindung mit dem Verständnis von sowohl ‚Europa‘ als auch der ‚Nation‘ als *imagined communities* im von Benedict Anderson vorgeschlagenen Sinne, bildet einen weiteren Ansatz der vorliegenden Forschungsarbeit.<sup>10</sup>

Drittens soll die Anwendbarkeit des Europabegriffs im Ostblock über die Felder der nationalen Interessenverflechtung hinaus im Sinne einer Werte- und Kulturgemeinschaft überprüft werden. Auch wenn diese Vorstellung bezweifelt wird – an die These von Heinrich August Winkler anknüpfend, der dem Begriff der ‚westlichen‘ und nicht der ‚europäischen‘ Werte den Vorrang gewährt –, wird sie dennoch im Rahmen der vorliegenden Arbeit überprüft. Diese Entscheidung rechtfertigt sich nicht allein durch das Interesse an den Inhalten, die in der ostmitteleuropäischen Wahrnehmung im Staatssozialismus hinter diesem Begriff steckten, sondern vielmehr durch das Interesse an ihrem Verhältnis zum politischen Ist-Zustand östlich des Eisernen Vorhangs.<sup>11</sup> Auch eine eventuelle Bezugnahme der Europadiskurse auf das gemeinsame kulturhistorische Erbe des Abendlandes rückt in diesem Zusammenhang ins Zentrum des Forschungsinteresses.

---

8 H.-G. Haupt, Die Geschichte Europas als vergleichende Geschichtsschreibung, in: *Comparativ*, 14/2004, Heft 3, 83-97, dazu: 89.

9 Zu Parallelen und Differenzen und dem gegenseitigen Verhältnis zwischen der europäischen und nationalen Identität vgl. H. Kaelble, *Europäer über Europa. Die Entstehung eines europäischen Selbstverständnisses im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. 2001.

10 B. Anderson, *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, London 1983. Deutsche Ausgabe unter dem Titel: *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzeptes*, Frankfurt a. M. 1996.

11 Vgl. den Text des Abschiedsvortrags vom 14. Februar 2007: H. A. Winkler, Was heißt westliche Wertegemeinschaft?, in: *Internationale Politik*, April 2007, 66-85. Der Begriff ‚Staatssozialismus‘ wird in der vorliegenden Arbeit in dem von Dieter Segert vorgeschlagenen Sinne als *Terminus technicus* einer Gesellschaft, die sich selbst als sozialistisch definierte und dabei dem Staat (als Verwaltungs- und Machtinstrument) eine exklusive Rolle eingeräumt hat, verwendet und verstanden, vgl. D. Segert, *Die Grenzen Osteuropas. 1918, 1945, 1989 – Drei Versuche, im Westen anzukommen*, Frankfurt a. M./New York 2002, 23.

## **2.1 Pro-europäische Propaganda im offiziellen Diskurs der kommunistischen Parteien des Ostblocks**

### **Sozialistische Initiativen und Erklärungen für Sicherheit und Entspannung in Europa Von den Stalin-Noten zum Rapacki-Plan: die sozialistischen Initiativen der fünfziger Jahre**

Die verstärkten Appelle der Ostblockstaaten für eine Entspannung in Europa in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts stellten kein Novum auf der internationalen Bühne dar, sondern hatten eine Vorgeschichte. Selbst in den durch eine äußerst starke ideologische Abschottung geprägten fünfziger Jahren erhoben sich östlich des Eisernen Vorhangs Stimmen, die zur Entspannung und Abrüstung aufriefen.<sup>68</sup> Gleichzeitig wurden sie aber von einer intensiven militärischen Aufrüstung und gewaltvollen Akten begleitet, so dass die Idee einer europäischen Entspannung im Mund der sozialistischen Propaganda als inhaltsleere Floskel klang. Eine solche paradoxe Dualität von Wettrüsten und parallel dazu verlaufenden Abrüstungsinitiativen prägte auch die späteren Jahre und Jahrzehnte des Kalten Krieges. Einen weiteren Beleg für eine frappierende Identitätsspaltung des Ostblocks liefert die Tatsache einer intensivierten Entspannungs- und Friedenspropaganda der sozialistischen Staatengemeinschaft nach außen bei einer gleichzeitigen skrupellosen Niederschlagung und Erstickung jeglicher Emanzipationsversuche innerhalb der eigenen Grenzen, um nur an die Jahre 1956, 1968 und 1970 zu erinnern.<sup>69</sup>

Diese zwei widersprüchlichen Elemente lassen sich gut nachvollziehen, wenn die Entschärfung des Ost-West-Konfliktes nicht als ein idealistisches Vorhaben betrachtet wird. Bernd Stöver brachte es auf den Punkt mit der These, dass die Entspannungspolitik für die daran Beteiligten nie einen Selbstzweck darstellte: „Sie war in der Regel ein Versuch, einen Ausweg aus einer politischen oder

---

68 Zu den unterschiedlichen Phasen und Aspekten des Entspannungsprozesses vgl. *Bange; Niedhardt*, Helsinki 1975; *Wenger* u. a., *Origins of the European Security system*, 3-22; aus der älteren Literatur: *Bredow*, *Der KSZE-Prozess*, 7-12; 33-41. Weiterführend, zur Blockkonfrontation im Kalten Krieg: *J. L. Gaddis*, *We know now. Rethinking Cold War History*, Oxford 1997; *Ders.*, *The Cold War. A new history*, New York 2005; *J. Holzer*, *Der Kommunismus in Europa: politische Bewegung und Herrschaftssystem*, Frankfurt a. M. 1998; *Reviewing the Cold War: approaches, interpretations*, hg. v. o. A. *Westad*, theory, London 2000; *A Cardborad Castle? An Inside History of the Warsaw Pact, 1955-1991*, Budapest/New York 2005, hg. v. *V. Mastny; M. Byrne*.

69 Auf einen weiteren interessanten Aspekt der Identitätsspaltung des Ostblocks hinsichtlich seiner politischen, militärischen, ideologischen und ökonomischen Zugehörigkeit zur sozialistischen Staatengemeinschaft bei einer gleichzeitigen Überzeugung mancher Regierungen von ihrer kulturellen und historischen Zugehörigkeit zur europäischen Gesellschaft, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts unbestreitbar durch die EG und Europarat repräsentiert wurde, weist Daniel Thomas hin, vgl. *Thomas*, *The Helsinki Effect*, 31.

wirtschaftlichen Zwangslage zu finden, ohne die eigene Sicherheit aufs Spiel zu setzen.“<sup>70</sup> Schon die Ereignisse der fünfziger Jahre belegen diese kuriose Verflechtung gut. Als erstes Friedenssignal von der östlichen Seite galten die sog. Stalin-Noten vom 10. März und 9. April 1952 über die Wiedervereinigung und Neutralisierung Deutschlands, die jedoch – sowohl aufgrund der ideologischen Feindschaft zwischen den Blöcken zu diesem Zeitpunkt als auch aufgrund der Unüberprüfbarkeit ihrer Ehrlichkeit – vom Westen abgelehnt wurden.<sup>71</sup>

Zwei Jahre später und nicht einmal ein Jahr nach dem Tod Stalins, im Januar 1954, schlug der sowjetische Außenminister Wjačeslav Molotov die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz vor, worauf am 10. Februar 1954 der Vorschlag eines ‚Gesamteuropäischen Vertrags über die kollektive Sicherheit in Europa‘ folgte, der kurz danach noch um den Aspekt der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ergänzt wurde. Beide Vorschläge wurden noch vor dem Beitritt der BRD zur NATO und der Gründung des Warschauer Paktes vorgelegt und galten in diesem Sinne als Versuche, die Integration der BRD in die politischen und militärischen Strukturen des Westens sowie den westeuropäischen Integrationsprozess allgemein zu stoppen. Dementsprechend wurden sie vom Westen als Expansion der sowjetischen Ideologie über die Grenzen des Ostblocks hinaus gedeutet und aus diesem Grund nicht angenommen. Obendrein verstärkte der kurz zuvor niedergeschlagene Aufstand in der DDR vom 17. Juni 1953 die ablehnende Haltung.

Die nächste Chance für eine Veränderung des europäischen politischen Klimas bot sich im Juli 1955, als die vier Siegermächte zum ersten Mal nach der Potsdamer Konferenz bei einem Gipfeltreffen in Genf zusammenkamen. Auch wenn das Treffen in einer freundlichen Atmosphäre ablief und im Anschluss daran die Rede vom ‚Geist von Genf‘ in aller Munde war, trug es auf der realpolitischen Ebene keine Früchte. Auch dies wundert angesichts der Ereignisse auf der internationalen politischen Bühne dieser Zeit nicht: Kurz zuvor, am 5. Mai 1955, traten die Pariser Verträge in Kraft, mit denen die erste Etappe der Konsolidierung des Westens abgeschlossen wurde. Am 14. Mai erfolgte in Form der Gründung des Warschauer Paktes die Antwort seitens des Ostblocks.<sup>72</sup>

Dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956, der das sog. Tauwetter im Ostblock initiierte und die leninistische These über die Unvermeidbarkeit des Krieges mit den kapitalistischen Staaten durch die Doktrin der friedlichen Koexistenz ersetzte, folgte aber im selben Jahr die brutale Niederschlagung des ungarischen Volksaufstandes. Die Unvereinbarkeit der Worte der kommunistischen Machthaber mit ihren Taten rief bei den westeuropäischen Staaten nicht gerade

70 B. Stöver, *Der Kalte Krieg. 1947-1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters*, München 2007, 381.

71 Vgl. *Judt*, *Die Geschichte Europas*, 277. Siehe auch: *J. Zarusky*, *Die Stalin-Note vom 10. März 1952: neue Quellen und Analysen*, München 2002.

72 Mit den Pariser Verträgen wurde der Besatzungsstatus der BRD aufgehoben und der BRD die Souveränität verliehen. Weitere Punkte bildeten der Beitritt der BRD zur NATO, zur Westeuropäischen Union (die zeitgleich mit der Unterzeichnung der Pariser Verträge und nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft als kollektiver Beistandspakt gegründet wurde) sowie das mit Frankreich ausgehandelte Saarstatut. Die Verträge wurden am 27. Februar 1954 durch den Deutschen Bundestag ratifiziert und traten am 5. Mai 1955 in Kraft.

Begeisterung über die ostmitteleuropäischen Friedens- und Entspannungsiniziativen hervor.

Diesem Schicksal unterlagen aber nicht nur gemeinsame Projekte des Ostblocks, sondern auch Projekte, die von einzelnen Ländern konzipiert wurden, wie etwa eine stärker ins Detail gehende polnische Initiative, der sog. Rapacki-Plan, der in den sechziger Jahren gern als handfester Beleg für das kommunistische Engagement in Fragen der europäischen Sicherheit angeführt wurde. Adam Rapacki, polnischer Außenminister in den Jahren 1956 bis 1968, hat bei der XII. Session der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 2. Oktober 1957 einen Vorschlag präsentiert, der aus den mit der Remilitarisierung der BRD und ihrem Beitritt zur NATO verbundenen Ängsten resultierte.<sup>73</sup> Dieses Konzept sah vor, in Mitteleuropa – d. h. in Polen, der Tschechoslowakei, der DDR und der BRD – eine atomwaffenfreie Zone zu gründen. Konkret hieß es, dass diese Staaten sich zum Nicht-Produzieren, Nicht-Aufbewahren, Nicht-Einführen und Nicht-Stationieren von Atomwaffen sowie dafür bestimmten Bedienungs- und Übertragungsgeräten (Raketen) auf ihren Territorien verpflichten würden. Auch der Einsatz von Atomwaffen gegen diese Staaten wäre verboten gewesen. Die vier Mächte – die USA, die Sowjetunion, Frankreich und Großbritannien – hätten verbindlich erklären sollen, die auf diesen Gebieten stationierten eigenen Armeen nicht mit derartigen Waffen auszurüsten und in diesen Gebieten auch keine derartigen Waffen zu lagern. Diese Verpflichtungen wären zusätzlich durch ein System strenger internationaler Kontrollen sowie durch Luftraum- und Bodenüberwachung verstärkt worden.<sup>74</sup>

Obwohl dieser Plan von der ČSSR, der DDR und der Sowjetunion unterstützt und von den sozialistischen sowie den sozialdemokratischen Parteien Englands, Skandinaviens und Belgiens positiv aufgenommen wurde, lehnten ihn die westeuropäischen Staaten ebenso wie die USA klar ab. Die polnische sozialistische Diplomatie versuchte ihn in den darauf folgenden Jahren zu modifizieren und legte ihn den westeuropäischen Staaten in veränderter Form vor, doch das hatte keine Auswirkung auf seine Wahrnehmung im Westen.<sup>75</sup>

---

73 Adam Rapacki (1909-1970) – polnischer Politiker und Diplomat. Mitglied der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) und danach der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP), 1948-1968 Mitglied des ZK der PVAP. Bevor er Außenminister wurde, war er sowohl Minister für Schifffahrt als auch Minister für Hochschulwesen und Wissenschaft. Infolge der antisemitischen Kampagne in Polen 1968 zog er sich aus dem politischen Leben zurück und starb kurz danach. Zu polnischen Initiativen im Vorfeld der KSZE vgl. *Jarząbek*, Polska wobec Konferencji Bezpieczeństwa, 15-38; *Dies.*, Preserving the Status Quo or Promoting Change: The Role of the CSCE in the Perception of Polish Authorities, in: *Bange; Niedhardt*, Helsinki 1975, 144-159.

74 *Zajac; Zięba*, Polska w stosunkach międzynarodowych, 215-217. Weiterführende Literatur zum Rapacki-Plan: *E. Laboor*, Der Rapacki-Plan und die DDR, Berlin 2003; Plan Rapackiego a bezpieczeństwo europejskie, hg. v. *T. Łoś-Nowak*, Wrocław 1991.

75 Am 4. November 1958 schlug Adam Rapacki die Umsetzung seines Plans in zwei Etappen vor: 1) Einfrierung der Atomwaffenrüstung in der Zone sowie ein Verbot dieser Waffen in den Staaten, die noch keine Atomwaffen hatten; 2) Beginn der Beratungen hinsichtlich der Einschränkung der konventionellen Waffen und gänzliche DeAtomisierung der Zone. Am 28. März 1962 schlug Polen in Genf (Forum der Entrüstungskomitees der 18 Staaten) vor, die atomwaffenfreie Zone

### **3.1 Zur Lage der kulturpolitischen Presselandschaft im Ostblock. Funktionsmechanismen und Kontrollsysteme**

#### **Die Volksrepublik Polen**

So wie der offizielle politische Diskurs über Europa und dessen Sicherheit jeweils nationale Schwerpunkte aufwies, unterschieden sich auch die auf den ersten Blick homogen erscheinenden journalistischen Landschaften der Volksrepublik Polen, der ČSSR und der DDR voneinander.

Die Presse als Massenmedium unterlag wie andere öffentliche Bereiche einer starken Kontrolle des Staates und galt in ihrem Gesamtanspruch als Transmissionsriemen zwischen der Partei und dem Volk. Auch wenn es in allen drei untersuchten Ländern eine Überwachung gab, war diese in ihrer Funktionsweise und in den Wirkungsformen verschieden. Demzufolge wurden auch trotz und vielleicht sogar gerade wegen der omnipräsenten Politisierung der Medien – wie es die Autoren des Bandes über die Zeitschriften in der DDR auf den Punkt brachten – die „Zeitschriften zu einem Spiegel, in dessen Glas von klar über trüb bis blind die gesamte Gesellschaft in ihren Facetten zu erkennen ist“.<sup>200</sup>

Die Aufsicht über das gesagte und geschriebene Wort in der Volksrepublik Polen war untrennbar mit den Geburtswehen des neuen politischen Systems verbunden und fungierte als eine Waffe im Kampf um dessen Absicherung. Die Rolle des Zensors in einem solchen Zusammenhang beschrieb Aleksander Pawlicki:

*„Er tauchte nicht im Moment einer ideologischen Krise auf, sondern ging ein wenig dem definitiven Triumph des Systems – der durch nichts eingeschränkten Machtergreifung – voraus. Er war eine Visitenkarte des neuen Systems, eine Annonce, die den Hausbesitzern nicht erlaubte, selbst den Mund im Protest zu öffnen.“<sup>201</sup>*

Die verstorbene polnische Soziologin Antonina Kłosowska führte die vergegenwärtigte Praxis der Tabuisierung in den sozialistischen Staaten auf das Phänomen der Angst zurück: „Die Angst vor jeglichen Erscheinungen der Wortopposition verursachte so starke Reaktionen, als ob man geglaubt hätte, dass dies, was nicht gesagt wurde, in der äußeren Realität nicht existiert.“<sup>202</sup>

---

200 S. Barck; M. Langermann; S. Lokatis, Abenteuer im Zeitschriften-Leseland DDR, in: Dies., Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“. Zeitschriften in der DDR, Berlin 1999, 13-21, hier: 15. Ähnliche Meinung bei M. Mazur, Propagandowy obraz świata. Polityczne kampanie prasowe w PRL 1956-1980, Warszawa 2003, 13.

201 Vgl. eine empfehlenswerte, kleine, aber in archivarischer Hinsicht beeindruckende Monographie über die polnische Zensurbehörde: A. Pawlicki, Kompletna szarość. Cenzura w latach 1965-1972. Instytucja i ludzie, Warszawa 2001, 11.

202 A. Kłosowska, Kontrola myśli i wolność symboliczna, in: J. Kostecki; A. Brodzka (Hg.), Piśmiennictwo – systemy kontroli – obieg alternatywny, Warszawa 1992, 2 Bände, hier I, 9-19, Zit. 13.

Das in seinen Grundstrukturen nach dem sowjetischen Beispiel des Glavlits (*Glavnoe Upravljenie po Delam Literaturny i Isskustva* – dt. Hauptverwaltung für Literatur und Kunst) und unter direkter sowjetischer Kontrolle gegründete Hauptamt zur Kontrolle der Presse, Veröffentlichungen und Schaustellungen (*Główny Urząd Kontroli Prasy Publikacji i Widowisk*, abgekürzt GUKPPiW) geht auf das Jahr 1944 zurück.<sup>203</sup> Bis November 1945 fungierte es unter dem Namen Zentralbüro zur Kontrolle der Presse (*Centralne Biuro Kontroli Prasy*), arbeitete eng mit der staatlichen Sicherheitsbehörde (*Urząd Bezpieczeństwa*, abgekürzt UB) zusammen und – was die vorhin erwähnte These von Kłoskowska bestätigt – über die Existenz des neuen Amtes durfte keinerlei Information die polnische Öffentlichkeit erreichen. Rechtlich wurde die Lage der Zensur erst zwei Jahre später, mit dem Erlass vom 5. Juni 1946 über die Gründung des Hauptamtes zur Kontrolle der Presse, Veröffentlichungen und Schaustellungen geregelt.<sup>204</sup> Die Tätigkeit der neuen Institution sollte – laut diesem Dokument – Publikationen und Aufführungen vorbeugen, die gegen das politische System des polnischen Staates gerichtet waren, als Geheimnisverrat galten, die internationalen Beziehungen des polnischen Staates gefährdeten, gegen das Recht oder Anstandsnormen verstießen und die öffentliche Meinung durch Vermittlung falscher Informationen irreführten.<sup>205</sup> Hier tat sich ein breites Feld für die Zensoren auf. Das Amt wurde dem Ministerpräsidenten untergeordnet, in dessen Macht es lag, die Vorschriften für die Zensurbehörde genauer zu definieren sowie den Vorsitzenden und den Stellv. Vorsitzenden zu berufen. Zwei Jahre später (28. Juli 1948) wurde der Kompetenzbereich der Zensurbehörde zusätzlich erweitert: Nun durfte sie über die Herausgabe von Zeitschriften bestimmen und die polygraphischen Betriebe kontrollieren.<sup>206</sup> Die Institution funktionierte nach einem zentralisierten Prinzip: Dem Hauptamt in Warschau unterstanden die Abteilungen in den Woiwodschaften. Seine Kader rekrutierten sich ursprünglich aus den Reihen der Sicherheitsbehörde, in den späteren Jahren kamen aber auch Wissenschaftler (darunter auch Polenisten) und Vertreter anderer Berufe hinzu. Ihre Zahl schwankte, sie überschritt aber kaum fünfhundert.<sup>207</sup>

---

203 Im Dezember 1944 kamen zwei Funktionäre des Glavlits, Piotr Goldin und Kazimierz Jarmuz, nach Lublin, um die Arbeit der Zensurbehörde zu kontrollieren. Daria Nałęcz verortet in ihrer kleinen Monographie über die Anfangsgeschichte der polnischen Zensurbehörde zwar schon die Anfänge der Zensur im Jahr 1943, als in Moskau die Abteilung für Presse und Information des Verbandes der Polnischen Patrioten gegründet wurde, die offizielle Zensurbehörde wurde aber erst ein Jahr später ins Leben gerufen. Vgl. D. Nałęcz, *Główny Urząd Kontroli Prasy, 1945-1949*, Warszawa 1994, 6-7, 10-15.

204 Dekret z dn. 5 lipca 1946 o utworzeniu Głównego Urzędu Kontroli Prasy, Publikacji i Widowisk (Erlass vom 5.7.1946 über die Gründung des Hauptamtes zur Kontrolle der Presse, Veröffentlichungen und Schaustellungen), hier nach Nałęcz, *Główny Urząd*, 28. Nach wie vor stand aber die Zensurbehörde in einer starken Diskrepanz zum Pressegesetz von 1938, das jegliche Formen von präventiver Zensur ausschloss.

205 Ebenda. Der letzte Aspekt klingt geradezu wie ein tragischer Witz, weil die Zensur doch zur Indoktrination, Propaganda und nicht zuletzt Manipulation mit den Informationen bestimmt wurde.

206 Vgl. Pawlicki, *Kompletna szarość*, 33.

207 Etliche statistische Angaben siehe bei Pawlicki, *Kompletna szarość*, 77, 81.

Trotz der Allgegenwärtigkeit der Zensurbehörde wusste man jedoch nur sehr wenig über ihre Funktionsweise im Einzelnen.<sup>208</sup> Die Geheimhaltungsklausel trug in einem enormen Ausmaß dazu bei. Einen Einblick in diese Praxis liefert die Verordnung des Zensurbehörde-Vorsitzenden vom Dezember 1966, in der ausdrücklich darauf hingewiesen wird, dass die „informativen Angelegenheiten zwischen den Departments mündlich oder telefonisch erledigt werden sollen“.<sup>209</sup>

Zwar entzogen sich etliche Schriftsteller und Journalisten der Macht der Zensur, indem sie im Ausland publizierten. Auch veränderte sich die Lage maßgeblich in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, als die illegale Untergrundliteratur in Polen im sog. zweiten Umlauf (*drugi obieg*) erschien. Auf der offiziellen Ebene gab es aber keine Zeitschrift und keinen Autor, die sich der Zensur entziehen konnten. Der Zensor war die letzte Instanz, die über Leben und Tod des literarischen Schaffens entschied.<sup>210</sup> Er konnte die Publikation verbieten oder anhalten und in die Texte eingreifen, ohne das Risiko einzugehen, entdeckt zu werden. In Anknüpfung an den letzten Aspekt nannte Marta Fik den Zensor „Mitautor“ des Textes.<sup>211</sup> Dieser Unsichtbarkeit wurden die Zensur und der Zensor erst durch das Gesetz vom 31. Juli 1981 beraubt, das sich als ein Kompromiss zwischen der *Solidarność* und der Regierung herauskristallisierte und laut dem die durch den Zensor weggelassenen Textpassagen markiert werden mussten. Das Hauptamt zur Kontrolle der Presse, Veröffentlichungen und Schausstellungen existierte jedoch bis zum Zusammenbruch des Kommunismus in Polen. Aufgelöst wurde es offiziell erst mit dem Gesetz vom 11. April 1990.<sup>212</sup>

Wenn auch die Institution der Zensur das Wirken der Schriftsteller und Publizisten determinierte, ließ sie aber sowohl für Autoren als auch für Leser eine Möglichkeit offen: eine spezifische Geheimsprache und die Kunst, zwischen den Zeilen zu lesen. Und die institutionalisierte Existenz der Zensur – wie es der für die Kontakte des Krakauer *Tygodnik Powszechny* mit der Behörde in den sechziger und siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts verantwortliche Krzysztof Kozłowski behauptete – wies auf einen liberalen Charakter der polnischen ‚Baracke‘ hin: „Dort, wo sie offiziell nicht eingeführt wurde, blieb der Autor mit seiner Angst alleine, und in einem solchen Konflikt verliert immer der Mensch. Ein

208 Der Vorhang wurde teilweise durch eine damals sensationelle Publikation des in den Westen entflohenen Zensors aufgemacht: *T. Strzyżewski* (damals aber ohne Autorangabe), *Czarna księga cenzury PRL*, 2 Bände, Londyn 1977. Auch auf Englisch erschienen: *The black book of polish censorship*. Translated and edited by Jane Leftwich Curry, New York, 1984. Siehe auch eine neuere Publikation desselben Autors: *T. Strzyżewski, Matrix czy prawda selektywna? Antycenzorskie retrospekcje*, Wrocław 2006.

209 Vgl. AAN 964, GUKPPiW, Gabinet Prezesa. Zarządzenia, Instrukcje, pisma okólne, wytyczne Prezesa GUKPPiW, 1960-1969, 128.

210 Zum Ringen mit der Zensur als Leitmotiv der publizistischen Arbeit vgl. auch das Kapitel über Stefan Kisielewski in der vorliegenden Arbeit.

211 *M. Fik*, *Cenzor jako współautor*, in: *Literatura i władza*, hg. v. *B. Wojnowska*, Warszawa 1996, 131-147.

212 Vgl. auch eine kurze Skizze über die Geschichte der polnischen Zensurbehörde: *Z. Romek*, *Kłopoty z cenzurą. Kilka refleksji zamiast wstępu*, in: *Cenzura w PRL. Relacje historyków*, hg. v. *Z. Romek*, Warszawa 2000, 7-41, insb. 27-37.

## 4.1 Kontrollierte Freiräume oder ein gesteuertes Propagandainstrument?

Die Auseinandersetzung mit der Europa-Wahrnehmung in der Volksrepublik Polen, der ČSSR und der DDR wird im folgenden Kapitel noch um einen visuellen Ansatz, nämlich die Auseinandersetzung mit der Karikatur in drei satirischen Zeitschriften des Ostblocks – den polnischen *Szpilki* (Stecknadeln/Nadelstiche), dem tschechoslowakischen *Dikobraz* (Stachelschwein) und dem ostdeutschen *Eulenspiegel* erweitert. Gestützt auf den von Gerhard Paul vorgeschlagenen Ansatz der Visual History, soll die Frage nach der Rolle der in kommunistischen Regimes produzierten satirischen Bilder hinsichtlich ihres Einsatzes und ihrer Brauchbarkeit in der von den Machthabern erwünschten Auslegung der europäischen Thematik einerseits und eventueller Souveränität bzw. Originalität dieser Bilder in der Herangehensweise an ‚Europa‘ andererseits hinterfragt werden.

Die Behauptung, dass jede Macht sich im Spiegel der Kritik betrachten muss, trifft nur in geringem Maß auf den hier untersuchten Gegenstand zu. In manchen Untersuchungen zur Geschichte des Humors in den kommunistischen Ländern wird der berühmte Satz von Kurt Tucholsky – „Die Satire darf alles.“ – zitiert. Aber praktisch im selben Atemzug dementieren ihn die Autoren und liefern mehrere Belege dafür, dass – im Unterschied zu den demokratischen Systemen – die Sphäre des Humors dort einer strengen staatlichen Kontrolle unterlag.<sup>428</sup> Das Regime griff dabei auf dieselben Methoden wie im Fall anderer (Print)Medien zurück. In diesem Zusammenhang scheint es angemessen, an die von Sylvia Klötzer aufgestellte These zur Satire in der DDR anzuknüpfen, die sich aber ebenso gut auf andere Länder des ehemaligen Ostblocks anwenden lässt: „Satire sollte Öffentlichkeit beweisen – in einer Öffentlichkeit, die unter Parteikontrolle genommen war.“<sup>429</sup> Die Autorin wies an einer anderen Stelle – anhand eines Zitats von Dietmar Jacobs – auf die Umwertung der Rolle der Satire in Ostdeutschland hin, die sich von einer Kritik am Staat und an der Gesellschaft seitens eines Individuums in die Kritik an dem ungenügenden Individuum durch den idealen Staat verwandelte.<sup>430</sup> Dieses Schema lässt sich aber ohne Weiteres ausweiten und – auch im polnischen sowie im tschechoslowakischen Fall – auf

428 Vgl. S. Klötzer, Satire und Macht. Film, Zeitung, Kabarett in der DDR, Köln u. a. 2006, 9-11; Dies., Über den Umgang mit heißen Eisen. Eulenspiegel(eien), in: Barck u. a., Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“, 110-111; D. Kosthorst, Zeichen der Zeit. Karikaturen in der DDR, in: Unterm Strich. Karikatur und Zensur in der DDR, hg. v. Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zeitgeschichte Forum Leipzig, Leipzig 2005, 9-18, vgl. 9.

429 Klötzer, Satire und Macht, 10. Andere interessante Beiträge in diesem Zusammenhang von derselben Autorin vgl.: S. Klötzer, „Voll Dampf woraus?“ Satire in der DDR. „Eulenspiegel“ und „Kabarett am Obelisk“ in den siebziger und achtziger Jahren, in: Herrschaft und Eigensinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, hg. v. T. Lindenberger, Köln u.a. 1999, 267-310; Dies., Öffentlichkeit in der DDR? Die soziale Wirklichkeit im „Eulenspiegel“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46/96, 28-37.

430 Klötzer, Satire und Macht, 11.



andere Konstellationen übertragen, wie etwa auf die Ebene der internationalen Beziehungen in Form von Kritik des idealen sozialistischen Staates an dessen auswärtigen Feinden.

Trotz alldem soll aber nicht übersehen werden, dass auch den kommunistischen Aspirationen einer totalen Kontrolle in diesem Bereich Schranken gesetzt wurden. Einerseits mussten sie gelegentlich die Konzessionen eingehen, die durch das Zeitgeschehen erzwungen wurden (z. B. als Reaktion auf den Juni-Aufstand 1953 in der DDR). Andererseits gelang es manchmal den Satirikern, durch verschleierte Anspielungen ihre eigene – von dem durch die Macht verfochtenen Idealtypus abweichende – Interpretation des Alltags durch chiffrierte Signale an die Gesellschaft zu senden. Eine andere Rolle kam noch den in oppositionellen Milieus entstandenen satirischen Bildern zu, die das Kontrollsystem des Kommunismus komplett sprengten.<sup>431</sup>

Keines der beiden zuletzt erwähnten Felder platziert sich im Bereich der vorliegenden Analyse, die diesseits der Grenzen des Offiziellen bleibt. Demzufolge wird es sich im Folgenden um eine Untersuchung der Karikatur vor dem Hintergrund der jeweiligen nationalen Erscheinungsformen der europäischen Thematik handeln, wobei sie hinsichtlich der Anwendbarkeit als Kampfmittel durch die Kommunisten analysiert, in die vorausgehende satirische Tradition des jeweiligen Staates eingebunden und schließlich in ihrer zeitlichen Prägung interpretiert wird.

Wie im vorigen Teil sollen auch die Visualisierungen ‚Europas‘ anhand ähnlicher Themenkomplexe untersucht werden: Die Analyse umfasst das jeweilige nationale Prisma auf ‚Europa‘, die zu diesem Zeitpunkt geltende Auffassung des ‚alten, kleinen Europas‘, als dessen Verkörperung zumeist die EWG betrachtet wurde, sowie die staatssozialistischen Entwürfe eines ‚neuen Europas‘. All diesen Aspekten geht aber zunächst eine kurze Skizze der Entstehungs- und Wirkungsgeschichte der drei satirischen Zeitschriften voraus.

## **Szpilki**

Jede der Zeitschriften bettete sich in eine entsprechende satirische Tradition ein. Die polnische Zeitschrift *Szpilki* zeichnete sich im Unterschied zu den zwei anderen Titeln dadurch aus, dass ihre Gründungsgeschichte noch in der Vorkriegszeit, nämlich im Dezember 1935 wurzelte. Zuerst offenbarte sie sich der Welt als eine kleine Zeitschrift, deren finanzielle Existenz und redaktioneller Kern nicht gesichert war.<sup>432</sup> Die zwei Gründungsredakteure – Zbigniew Mitzner und Eryk Li-

431 Zu den Freiheitsräumen in der Satire siehe z. B. den Beitrag: H. Girmond, Spielräume. Erlaubtes und Gewagtes, in: Unterm Strich, 63-88. Zum oppositionellen, politischen Witz vgl. eine ältere Sammlung: A. Drozdzyński, Der politische Witz im Ostblock, Düsseldorf 1974.

432 Aus den wenigen vorhandenen Arbeiten zu und über *Szpilki* liefert die ausführlichsten, wenn auch überwiegend anekdotischen Informationen das Buch E. Lipiński, Drzewo Szpilkowe, Warszawa 1989; siehe auch die Memoiren des Autors: Ders., Pamiętniki, Warszawa 1990. Aus der neueren Forschung, jedoch hinsichtlich des Informationsinhalts überwiegend auf Lipiński basierend: A. Dąbrowska, „Szpilki“ i „Ludas Matyi“ w okresie stalinizmu. Analiza porównawcza motywów karyktury politycznej w systemie totalitarnym, in: Odmiany i oblicza komunizmu. Wę-

piński – definierten aber von Anfang an klar ihre ideologische Ausrichtung: *Szpilki* sollte ein Medium sein, das sich eindeutig von der rechten polnischen Sanacja-Regierung der Zwischenkriegszeit abgrenzen und als Anlaufstelle für die zunehmende Schar der linken Kritiker gelten sollte.<sup>433</sup> Binnen kurzer Zeit gelang es den Ideenstiftern, berühmte Namen der polnischen literarischen und satirischen Welt für die Mitarbeit zu gewinnen, wie etwa Stanisław Jerzy Lec, Leon Pasternak, Julian Tuwim, Konstanty I. Gałczyński oder Jerzy Zaruba.<sup>434</sup> Damit konnte die Zeitschrift – trotz einer für sie politisch ungünstigen Atmosphäre – zahlreiche Leser und Abonnenten gewinnen und dadurch auch ihr Budget stabilisieren.

Nach dem Zweiten Weltkrieg begann ein neues Kapitel in der Geschichte von *Szpilki*. Der qualitative und folgenreiche Unterschied zur Vorkriegszeit bestand nun darin, dass das linke, ursprünglich zur Macht in Opposition stehende Programm des Wochenblattes jetzt mit den Richtlinien des neuen Systems deckungsgleich geworden war. Die Stimme der Stecknadel-Satire erhob sich nun nicht mehr als Kritik an der rechten Mehrheit der Machthaber, sondern galt als ein Mittel, alle Gegner der kommunistischen Staatsordnung nach 1945 zu desavouieren. Damit tritt sie in eine völlig neue Phase ein, die sie im Laufe der Jahre zu einem der regimenahen Medien werden ließ. Zunächst schien jedoch die neue Situation alles andere als eine Selbstverständlichkeit zu sein, die Redaktion hatte

grzy, Polacy i inni, hg. v. M. Koźmiński, Warszawa 2007, 19-89. Ein älteres Büchlein, welches sich jedoch nicht auf die Geschichte der Zeitschrift, sondern auf die Karikaturen selbst konzentriert: A. Mostowicz, *Szpilki* und ihre Zeichner, Berlin 1962. Eine Monographie zu *Szpilki*, die einen Überblick über die Geschichte der Zeitschrift anbieten würde, steht jedoch noch aus.

- 433 Eryk Lipiński (1908-1991) – Karikaturist, Graphiker, Journalist, Satiriker. Chefredakteur von *Szpilki* in den Jahren 1935-1937 und 1946-1953. Zusammenarbeit mit anderen Zeitschriften, u. a. *Przekrój*, *Trybuna Ludu*, *Zwierciadło*, *Przegląd Kulturalny*, *Express Wieczorny*. Ideenstifter der Internationalen Biennale des Plakats in Warschau (1966), Gründer des Museums für Karikatur (1978) in Warschau und dessen erster Direktor bis zum Tode; Zbigniew Mitzner (1910-1968), Ps. Jan Szeląg, Mitbegründer und Redakteur von *Szpilki* (Chefredakteur in den Jahren 1953-1955), Publizist und Journalist, tätig bei mehreren Zeitschriften sowohl vor als auch nach dem Zweiten Weltkrieg (u. a. *Mucha*, *Świat*, *Kuźnica*, *Express Wieczorny*, *Nowa Kultura*), ab 1952 Dozent an der journalistischen Fakultät der Warschauer Universität. Als *Sanacja* (von lat. ‚Heilung‘) wurde die polnische Regierung von Józef Piłsudski in den Jahren 1926-1939 bezeichnet. Sie geht auf Piłsudskis Parole des Maiputsches 1926 zurück, mit der er zur moralischen ‚Heilung‘ des polnischen öffentlichen Lebens aufforderte.
- 434 Stanisław Jerzy Lec (1909-1966) – polnischer Dichter jüdischer Herkunft, Satiriker und Aphoristiker, Autor zahlreicher Werke, u. a. der berühmten Aphorismen – „Unfrisierte Gedanken“; Leon Pasternak (1910-1969) – polnischer Dichter und Satiriker jüdischer Herkunft; Julian Tuwim (1894-1953) – berühmter polnischer Dichter jüdischer Herkunft, Gründer der poetischen Gruppe „Skamander“, auch als Übersetzer der russischen und französischen Poesie tätig; Konstanty I. Gałczyński (1905-1953) – polnischer Dichter, Autor der bekannten humoristischen, absurden Miniaturen unter dem Titel „Teatrzyk Zielona Gęś“ (Das kleine Theater die Grüne Gans). Diese insgesamt über 160 kleinen Miniaturen erschienen in den Jahren 1946-1950 wöchentlich in der Wochenzeitschrift *Przekrój* und schilderten sowohl die Laster als auch Tugenden der Polen sowie die Nuancen und Absurditäten des polnischen Alltags; Jerzy Zaruba (1891-1971) – polnischer Graphiker, Maler und Karikaturist. Zusammen mit Ignacy Witz Autor des Buches über die Geschichte der polnischen Karikatur, vgl. I. Witz; J. Zaruba, *50 lat karykatury polskiej*. 1900-1950, Warszawa 1961.

## **5.1 Historische Kontinuitäten im geteilten Europa: Entstehung, Wirkung und Mitarbeiter der Wochenzeitschrift *Tygodnik Powszechny***

Anders als die oben analysierten Zeitschriften stellte das *Tygodnik Powszechny* weder ein Eigenprodukt noch ein Ergebnis der Vereinnahmung eines bereits existierenden Printmediums durch die staatssozialistische Ideologie dar. Sowohl seine Gründungs- als auch seine Wirkungsgeschichte lassen sich vor dem Hintergrund des gesamten Ostblocks zweifelsohne als Ausnahmefall einstufen. Eine nähere Betrachtung dieses Presseorgans erhöht den empirischen Ertrag vorliegender Untersuchung und dies aus mehreren Gründen. Erstens erlaubt sie Einblicke in die in dieser Arbeit bisher nicht behandelte – und für den vorliegenden Zeitraum ohnehin schwer erfassbare – Sphäre des zum offiziellen mainstream oppositionellen Denkens, das aber durch die Machthaber geduldet wurde. Damit kann sie als ein komplementärer Beitrag zu den bereits präsentierten Diskursen der offiziellen kulturpolitischen Presse betrachtet werden. Zweitens: Diese Art von Opposition basierte im Fall von *Tygodnik Powszechny* grundsätzlich auf christlichen Werten und schöpfte aus ihnen, womit die Analyse der Europa-Wahrnehmung im Ostblock einen neuen thematischen Ansatz gewinnt. Drittens: Die historische Kontinuität der Zeitschrift, deren Redaktion über einen Generationshintergrund verfügte, der einem noch ungeteilten Europa entstammte und die nach dem Zweiten Weltkrieg zu Zeuge und Akteur dessen Spaltung in allen ihren Stadien wurde, erlaubt anders gewichtete Einblicke in das Thema als die für kurzfristige politische Zwecke bestimmten Argumentationsweisen.

Im vorliegenden Kapitel wird der Versuch unternommen, anhand der Analyse der Publizistik von *Tygodnik Powszechny* aus den sechziger und siebziger Jahren einige Fragenkomplexe zu behandeln. Es wird untersucht, wie ein katholisches Medium unter kommunistischer Herrschaft seine mentale Verankerung in einem ungeteilten Europa pflegte, die auf christlicher Wertegemeinschaft basierte. In diesem Zusammenhang soll auch analysiert werden, wie und mit welchen Mitteln es sich gegen die herrschende politische Realität erhob. Dabei wird sowohl die Publizistik selbst, die greifbaren, quasi- oder strikt politischen Taten als auch auf der Metaebene der Sprung in die Sphäre der Ethik und Religion betrachtet.

Diese Fragen werden anhand von drei thematischen Blöcken untersucht. Zu Beginn wird die Stellungnahme von *Tygodnik Powszechny* zu ‚Europa‘ als eine kultur-zivilisatorische Einheit behandelt, wobei auf das nationenübergreifende Erbe des Kontinents und – exemplarisch und polenspezifisch – auf das Jubiläumsjahr 1966 eingegangen wird. Als zweites Thema werden die politisch bedingten Aussagen und Initiativen bezüglich Pluralismus und Demokratie untersucht, die als europäische Werte verstanden werden und von *Tygodnik Powszechny* sowohl politisch (die Abgeordnetengruppe *Znak*) als auch im Rahmen internationaler Personennetzwerke zwischen dem Osten und dem Westen (*Aktion*

*Sühnezeichen, Bensberger Kreis, Pax Romana und Pax Christi*) verwirklicht werden. In einem dritten Schritt findet ein Sonderfall in der Geschichte von *Tygodnik Powszechny* Berücksichtigung: Stefan Kisielewski und dessen Europa-Publizistik.

Um die zeitliche Kontextualisierung zu verdeutlichen und Einblick in die herrschenden Verhältnisse zu gewähren, soll einleitend eine kurze Skizze über das Werk und die Mitarbeiter von *Tygodnik Powszechny* gegeben werden, mit Berücksichtigung sowohl der Gründungsgeschichte als auch der Redaktionsrealität sowie der Beziehungen zwischen dem Staat und der Kirche in der Volksrepublik Polen der sechziger und siebziger Jahre.<sup>533</sup>

Die Gründung des *Allgemeinen Wochenblatts* – so heißt die deutsche Übersetzung des Titels – reicht in die Zeit zurück, in der die kommunistische Macht sich in Polen noch nicht etabliert hatte: Die erste Ausgabe der Zeitschrift erschien am 25. März 1945, schon nach der Befreiung Krakaus durch die Rote Armee, aber noch vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die intellektuell-geistigen Wurzeln der Zeitschrift reichen aber noch weiter zurück. Die Pläne über die Mitgestaltung und Übernahme der Verantwortung für die Nachkriegsrealität durch die katholische Intelligenz keimten im Kopf des Krakauer Metropoliten, Kardinal Adam Stefan Sapieha – der während des Zweiten Weltkriegs im Unterschied zum Primas August Hlond nicht aus Polen emigriert war und infolgedessen in der Nachkriegszeit große Autorität genoss – spätestens seit der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes (2. Oktober 1944).<sup>534</sup> Als eines der Mittel zur Umsetzung dieser Pläne wurde die Idee einer katholischen Zeitschrift, die an die Intellektuellen adressiert sein sollte, aufgegriffen. Als potentieller künftiger Mitarbeiter wurde von den Ideenstiftern, zu denen der Priester Jan Piwowarczyk, der anfangs für einen kurzen Zeitraum auch als Chefredakteur des *Tygodnik Powszechny* tätig war, sofort Jerzy Turowicz genannt.<sup>535</sup>

Das Projekt der neuen Zeitschrift wurde auch in den Kreisen der Krakauer Professoren von der anerkannten Polnischen Akademie der Gelehrsamkeit (*Polska Akademia Umiejętności*) diskutiert. Aus diesem Milieu rekrutierten sich auch

---

533 Zur Geschichte von *Tygodnik Powszechny* vgl. R. Jarocki, *Czterdzieści pięć lat w opozycji*. (O ludziach „Tygodnika Powszechnego“), Kraków 1990; J. Żakowski, *Pół wieku pod włos czyli życie codzienne „Tygodnika Powszechnego“ w czasach heroicznych*, Kraków 1999. Auf Deutsch, weniger umfangreich, aber informativ, mit mehreren bibliografischen Angaben: L. Luks, *Die Tygodnik-Powszechny-Gruppe in den Jahren 1945-1989: Symbol des katholischen Widerstandes im kommunistischen Polen*, in: *Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte*, Nr. 2/2002, 215-258. Punktuell: Das Erbe der Dissidenz für das vereinte Europa (Podiumsdiskussion), in: *Veen u. a., Wechselwirkungen Ost-West*, 183-193, v. a. in der Aussage von Hans Maier, 185-187.

534 Adam Stefan Sapieha (1867-1951), seit 1911 war er der Metropolit von Krakau; 1946 Kardinalwürde; während des Zweiten Weltkriegs galt er als Kopf der katholischen Kirche in Polen, weil der damalige Primas August Hlond sich in Frankreich aufhielt. Vgl. Jarocki, *Czterdzieści pięć lat*, 83-89.

535 Jan Piwowarczyk (1889-1959), katholischer Priester, Doktor der Theologie, Rektor des Geistlichen Seminars des Erzbistums Krakau in den Jahren 1939-1945; Vorgänger von Jerzy Turowicz auf dem Posten des Chefredakteurs der christlich-demokratischen Tageszeitung *Głos Narodu* (Stimme des Volkes), die in Krakau in den Jahren 1893-1939 erschien. Jerzy Turowicz (1912-1999), polnischer Publizist, über Jahrzehnte hinweg der Chefredakteur von *Tygodnik Powszechny*.

die ersten Mitarbeiter, was den ersten Ausgaben einen soliden, gleichzeitig aber auch etwas trägen Anschein verlieh. Jerzy Turowicz, der seit der 30. Ausgabe offiziell als Chefredakteur des *Tygodnik Powszechny* auftrat, begann aber bald, diesen Nachteil durch die Komplettierung mit einer jüngeren Mannschaft zu nivellieren. Dies gelang sehr schnell, indem sich seine alten Studienkollegen dem redaktionellen Kern anschlossen. Turowicz studierte vor dem Zweiten Weltkrieg drei Jahre lang in Lemberg an der Technischen Hochschule (wo er auch den intellektuellen Gesinnungsgenossen und späteren Korrespondenten bei *Tygodnik Powszechny*, Stefan Swiezawski, kennenlernte) und anschließend, von 1934 bis 1939, Geschichte und Philosophie an der Jagiellonen-Universität in Krakau.<sup>536</sup> Durch intensives Engagement in der Gesellschaft der Katholischen Akademischen Jugend „Erneuerung“ (*Stowarzyszenie Katolickiej Młodzieży Akademickiej „Odrodzenie“*) – die im Unterschied zu anderen polnischen Jugendorganisationen dieser Zeit nicht nationalistisch ausgeprägt war – kannte er den Jurastudenten Stanisław Stomma und den Geschichtsstudenten Antoni Gołubiew, die an der Stefan-Batory-Universität in Wilna studiert hatten.<sup>537</sup> Intellektuell durch die Lektüre der französischen Personalisten (Maritain, Mounier) und andere theologische und philosophische Werke genährt, sammelten sie erste journalistische Erfahrungen: In Wilna wurde die Zeitschrift *Pax* herausgegeben, die Stomma und Gołubiew redigierten und in der Turowicz seine Artikel veröffentlichte, schließlich knüpften sie Kontakte mit Katholiken auf internationaler Ebene im Rahmen der Kongresse der *Pax Romana*.<sup>538</sup> Durch diese mentale und gesellschaftliche Verankerung in einem so markierten konservativ-liberalen katholischen Milieu präzisieren sich die Ansichten, die später in den Spalten der Krakauer Zeitschrift weiter vertreten wurden.

---

536 Stefan Swiezawski (1907-2004), polnischer Philosophiehistoriker, Kenner der Thomasphilosophie und des Mittelalters, Autor einer mehrbändigen Geschichte zur europäischen Philosophie des 15. Jahrhunderts. Nach dem Zweiten Weltkrieg war er dreißig Jahre lang am Lehrstuhl für Philosophiegeschichte an der Katholischen Universität zu Lublin (*Katolicki Uniwersytet Lubelski*, abgekürzt KUL) tätig. Als einziger Laienauditor aus Osteuropa nahm er am II. Vatikanischen Konzil (1962-1965) teil.

537 Antoni Gołubiew (1907-1979), polnischer Historiker und Schriftsteller. Autor der Epopöe über Boleslaw den Tapferen und die Anfänge der polnischen Staatlichkeit, an der er fast sein ganzes Leben lang arbeitete. Katholischer Publizist, Mitbegründer der Zwischenkriegszeitzeitschrift *Pax*; Stanisław Stomma (1908-2005), polnischer Jurist, Politiker und Publizist. Fast zwanzig Jahre lang (1957-1976) im Parlament der VRP im Rahmen der Abgeordnetengruppe *Znak* tätig. Eine der Schlüsselfiguren der katholischen intellektuellen Landschaft Polens in der Nachkriegszeit. Zu Stomma siehe noch: *L. Luks*, In Memoriam. Stanisław Stomma – der unbeugsame „Minimalist“ (18.01.1908-21.7.2005), in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte, Nr. 2/2005, 221-230. Einblicke in die Lebensläufe von Hennenlowa, Swiezawski, Stomma, Turowicz u. a. liefern die Interviews im Buch *D. Körner*, Katholiken in Polen. Gespräche mit Intellektuellen, Berlin 1998.

538 Die Wilnaer Zeitschrift *Pax* hatte jedoch nichts gemeinsam mit den parteitreuen Katholiken von der Vereinigung *Pax*, die von Boleslaw Piasecki (1915-1979), dem Führer des Nationalradikalen Lagers *Falanga* (*Obóz Narodowo Radykalny Falanga*, abgekürzt ONR *Falanga*) in der Zwischenkriegszeit gegründet wurde und den Katholizismus mit dem Sozialismus zu verbinden versuchte. Vgl. *Jarocki*, *Czterdzieści pięć lat*, 16. *Pax Romana* – internationale Vereinigung katholischer Universitätsorganisationen.

Vor dem Hintergrund der im empirischen Teil der vorliegenden Arbeit präsentierten Narrative und Debatten im Ostblock lässt sich zunächst feststellen, dass ‚Europa‘ durchgehend als ihr Gegenstand und Bezugspunkt fungierte. Die Anzahl der ‚Europa‘ gewidmeten Texte spricht dafür, dass der Ausschlussmechanismus auf der östlichen Seite des Eisernen Vorhangs eine positive bzw. stimulierende Wirkung hatte, d. h. die Nicht-Anteilnahme an dem westeuropäischen Integrationsprozess motivierte die kommunistischen Machthaber zu einer verstärkten Beschäftigung und Auseinandersetzung mit dem Thema. Die ablehnende Haltung dem politisch-wirtschaftlichen Modell des Westens gegenüber hieß dementsprechend nicht Ignoranz und Schweigen. Vielmehr wurden die Europa-Debatten durch ein Konkurrenzverhältnis beeinflusst, das viele Facetten aufwies. Die hier systematisch untersuchten Quellen erlauben es, einige Thesen zum Europabild, wie es in den offiziellen kulturpolitischen Zeitschriften gezeichnet wurde, als Antworten auf die leitenden Fragen (Rolle der Konzeptionen von ‚Europa‘ im Ostblock, die Überschneidungen von ‚Europa‘ und ‚Nation‘, ‚Europa‘ als Werte- und Kulturgemeinschaft, ‚Europa‘ als Code für eine bestimmte soziale Ordnung) zu formulieren.

Erstens handelte es sich bei der Anwendung des Europa-Begriffs im Staatssozialismus vorrangig um eine Sinnwelt, d. h. um einen konstruierten Raum, in dem politische Pläne und Aspirationen des Ostblocks zum Ausdruck kamen. Diese wurden dynamisch und mit einer verblüffenden Konsequenz im Laufe der Jahre immer wieder neu konstruiert und verbalisiert. In diesem Sinne galt ‚Europa‘ in der Tat als eine Chiffre für die politischen Bündnisse, Konflikte und Abkommen. Es handelte sich dabei weniger um einen reflexiven Gedankenprozess, der seinem Ansatz nach auf eine Rückbesinnung auf die eigene Rolle und Verortung in Europa hinauslaufen sollte. Vielmehr ging es um Mittel und Wege einer positiven Selbstdarstellung des Ostblocks nach außen.

Den kulturpolitischen Zeitschriften schien in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle als Erfüllungshelfen der offiziellen Politik beigemessen zu werden. Was in den offiziellen Dokumenten des Ostblocks teilweise als trockener Inhalt feststand, drückten sie emotional, auf eine moralische und appellative Art aus. In der Aneignung und konsequenten Durchführung dieser Rolle schien die Presse des Sozialismus immer wieder dogmatischer und ehrgeiziger als der Sozialismus selbst zu sein. Wie in den sozialistischen Appellen tendierte man, bloß massiver, auch in der Publizistik dazu, den Warschauer Pakt als einen aktiven Teilnehmer des europäischen Diskurses darzustellen. Als ein solcher hätte er die restlichen europäischen Staaten auf den richtigen Weg bringen und ‚bekehren‘ sollen, was ein weiteres eigenartiges Element der sozialistischen Europa-Vision bildete. Denn in den publizistischen Texten lassen sich, was ja auch nicht verwundert, keine Spuren des Gedankenaustausches, der Verhandlungen und der Konsultationen finden, die auf der realpolitischen Ebene zu einer Annäherung der anfangs unvereinbaren Positionen des Westens und des Ostens führten. Der Osten galt in den Printmedien von Anfang an als Sieger. Diesbezüglich sprach die polnische, die ostdeutsche und die tschechoslowakische Presse mit einer Stimme. Differenzen tauchten dann auf, wenn es um den eigentlichen Beitrag der einzel-

nen Länder für eine friedliche Gestaltung der europäischen Zukunft ging. Die Volksrepublik Polen versuchte in jeder Hinsicht die Urheberrechte auf die Sicherheitskonferenz zu bewahren, indem sie sich auf den Rapacki-Plan berief. Die DDR hatte ihre politische Schlüsselrolle als geographischer Vorposten der sozialistischen Ordnung in sämtlichen Zusammenhängen durchdekliniert. Die ČSSR der Normalisierungsära agierte so, als ob sie mit dem übereifrigen Einsatz für den europäischen Sicherheitsprozess den ‚Zwischenfall‘ Prager Frühling auszuradiieren beabsichtigte. Ebenso interessant ist die Art und Weise, wie die einzelnen Staaten ihr Engagement auf diesem Gebiet zu belegen versuchten. Aus der Rumpelkammer der Geschichte holten sie beliebig oft aus dem zeitlichen Kontext herausgerissene Ereignisse (die auch nicht selten konfabuliert oder verzerrt dargestellt wurden) hervor, die durch ihre Einbindung in eine sehr eklektische Argumentationsweise des Ostblocks lediglich dessen teleologische Optik beweisen sollten.

Keiner stellte die eigentlichen Autorenrechte des KSZE-Projektes in Frage. Die westeuropäischen Staaten wollten sich eine Zeit lang gerade aus dem Grund nicht darauf einlassen, weil es sich um ein Projekt sozialistischer Provenienz handelte. Dabei fällt auf, dass diese Vision dem Wortlaut der Dokumente und publizistischen Publikationen nach von Anfang an als bereits erfüllt erschien. Es wurden durchgehend die äußeren ‚Störfaktoren‘ bei der Verwirklichung dieser Vision angeführt. In Bezug auf den publizistischen Diskurs handelte es sich aber um die programmierte Erfolgsgeschichte eines Konzepts, das an sich nicht als dialogisch, sondern als geschlossen galt. Jene Geschlossenheit prägte den Verlauf des KSZE-Prozesses von Anfang bis Ende. Die sog. *Magna Charta Europae* wurde zwar von allen als Gewinn bezeichnet, die Intensität der Euphorie deckte sich aber mit jener der Abgrenzung von Westeuropa, wie etwa die besonders in der ostdeutschen und tschechoslowakischen Presse vorkommenden Proteste gegen die Durchsickerung der westlichen Ideenwelt nach Ostmitteleuropa zeigen.

Zweitens zeigten die im Rahmen der Arbeit untersuchten Europadiskurse, dass sie eindeutig unter dem Zeichen der ‚Nation‘ standen. Der ostmitteleuropäische Diskurs wurde sehr stark durch das historische Erbe und durch Ängste, Freund- und Feindbilder der jeweiligen Länder geprägt. Dabei handelte sich um Imponderabilien, die keiner logischen Analyse unterzogen werden durften. Die Nachhaltigkeit der anti(west)deutschen Stimmung in den ostmitteleuropäischen Ländern wurde in den ersten Nachkriegsjahrzehnten mit den noch frischen Erinnerungen an die NS-Herrschaft untermauert. Mit dem zunehmenden zeitlichen Abstand vom Zweiten Weltkrieg wurde sie konsequent, bewusst und intensiv mit propagandistischen Mitteln aufrechterhalten.

Dabei übersahen die sozialistischen Autoren oder Karikaturisten einige Lücken in dem von ihnen hergestellten schwarz-weißen Wunschbild. Wenn der antiwestdeutsche Diskurs in der DDR eine ohnehin schwierige Denkaufgabe darstellte, weil es dort im Grunde genommen um die eigene Nation ging, während er in der Tschechoslowakei weniger ausgeprägt war, so geriet die Volksrepublik Polen mit manchen Argumentationen in eine Sackgasse. Indem sie bei den anti-deutschen Bildern auf Narrative aus dem Mittelalter oder aus der Teilungszeit

setzte, projizierte sie das Verständnis von ‚einer‘ deutschen Nation in die weit zurückliegende Vergangenheit, während die (west)deutsche Nation – ein Schreckgespenst der polnischen Propaganda – erst viel später konstruiert wurde. Über solche ‚Kleinigkeiten‘ schaute die sozialistische Propaganda aber leicht hinweg und verharrte auf ihren Positionen. Gerade in diesem Punkt lässt sich auch kaum irgendeine Dynamik nachweisen. Die antiwestdeutschen Bilder dominieren den gesamten Zeitraum von 1965 bis 1975, obwohl es inzwischen zur Unterzeichnung der Ostverträge und damit zu einer Normalisierung der Beziehungen zwischen dem Ostblock und der BRD gekommen war. Die feinen Unterschiede bestanden lediglich darin, dass zuerst die westdeutsche Bundesrepublik als ein böser Geist pauschal diffamiert wurde und man später die kleine Gruppe der ‚guten‘ Deutschen den ‚bösen‘ Deutschen (d. h. den Konservativen) gegenüberstellte. Aber auch Willy Brandt – als Verkörperung der ersten Gruppe – wurde nicht verherrlicht, sondern zunächst mit kritischer Distanz beäugt. Die Anzahl der antideutschen Bilder nahm dann zwar schrittweise ab, lässt sich aber in der gesamten Dekade nachweisen.

Diese Elemente waren überall präsent, aber in der ostmitteleuropäischen Karikatur kamen sie besonders deutlich zum Ausdruck. In einen von den Texten kleineren Rahmen wurden paradoxerweise mehrere Inhalte eingebracht, die visuell die Motive bestätigten, die in der schriftlichen Propaganda den Ton angaben. Die Karikatur erfüllte damit im außenpolitischen Zusammenhang die Rolle eines Musterknaben. Denn auch wenn es vielleicht in Bezug auf den Alltag durchaus Freiräume für die Satire gab, so funktionierte dies bei der Außenpolitik keinesfalls.

Die Wirkung des nationalen Prismas auf die europäische Thematik kam aber auch zum Ausdruck, wenn es um die Freundbilder ging. So wurde Frankreich in der staatssozialistischen Presse nicht nur als Beispiel für eine positive Europapolitik angeführt, sondern – etwa in Polen – als ein Beleg für eine besondere Freundschaft zwischen den beiden Völkern gedeutet. Die eigentlichen, greifbaren politischen Spuren der französischen Freundschaft lassen sich aber auf wenige weit zurückliegende Beispiele, vorrangig auf die Gründung des Herzogtums Warschau, zurückführen. Obwohl der von Napoleon Bonaparte gegründete Pufferstaat nur sieben Jahre existierte (1807-1815), blieb die Erinnerung an den Ersatz einer Autonomie Polens in der langen Teilungsperiode von über einhundertzwanzig Jahren so haften, dass sie reibungslos in die Gegenwart übertragen wurde.

Der einzige Punkt, in dem die sozialistische Staatengemeinschaft auf die Anwendung des nationalen Prismas in den Europa-Debatten verzichtete, war die antiamerikanische Propaganda. Dies geschah aus zwei Gründen. Einerseits konnte sie angesichts einer differenzierten nationalen Zusammensetzung der US-amerikanischen Bürger sowie aufgrund der relativ kurzen Geschichte der USA keine konstanten Feindbilder produzieren. Andererseits war eine antiamerikanische Stimmung nichts speziell Sozialistisches, sondern auch im Westen Europas verbreitet. Dementsprechend agierte die staatssozialistische Propaganda in die-



This PhD dissertation, entitled „The Socialist Press is Worse than Socialism: Europe in the Media of the People’s Republic of Poland, the Czechoslovak Socialist Republic and the German Democratic Republic“, focuses on the representations and perceptions of „Europe“ that developed on the eastern side of the Iron Curtain. The political division of the European continent divided communications between East and West after 1945, and thus contributed to the formation of diverging images and imaginations of ‚Europe‘ on both sides of the Iron Curtain.

This thesis explores perceptions of ‚Europe‘ in the Eastern bloc, particularly in the period before the start of the Helsinki process. Following a cultural history approach, the thesis analyses discourses and intellectual constructions of Europe, locating them in the broader context of the real streams of social communication between Eastern and Western European countries, as well as between the socialist countries.

At the same time, I examine these interactions in order to discover which developed as a transfer of ideas, and which were used only to draw boundaries between two completely different ideological positions. I also study discourses about Europe in the Eastern bloc using the methodologies of visual history, looking for graphic manifestations of these discursive constructions. Moreover, due to the limitations that resulted from the peculiarities of the communist system of rule, I consider different definitions of the public sphere in relation to the production and transmission of discourses about Europe. Finally, I explain the working definition of the ‚public sphere‘ that I have used in my research.

As a historical introduction to discourses about Europe on the eastern side of the Iron Curtain, I describe first of all the political preparations and subsequent implementation of the Conference on Security and Co-operation in Europe from the late 1960s. This process determined the official discourses about the past, present and future of the European continent for an entire decade until the signing of the Final Act of the CSCE in Helsinki in August 1975.

In this context, I analyse discourses and representations of Europe in the state socialist mass media, focusing on seven weekly newspapers from Poland, the GDR and Czechoslovakia. These case studies constitute the empirical basis of this PhD dissertation, which is divided into three parts.

The first level of the empirical research is based upon three political and cultural weeklies: the Polish *Polityka*, the Czechslovak *Tvorba* and the East German *Wochenpost*. After presenting the mechanisms of controlling the mass media under communist rule, I describe the establishment, staffing and functioning of these three weeklies. In the next step I analyse the various stereotypical discourses about Europe. Firstly, I analyse ‚Europe‘ as a subject of politics, in particular connected to the preparations for the CSCE. Then I explore the relationship between ‚Europe‘ and the ‚nation‘ and finally I illustrate how socialist countries saw the European Economic Community (EEC). The last part focuses on journalistic debates about ‚Europe‘ in the Polish weekly *Polityka*, as these were distinguished by their particular intensity.

This account of official communist propaganda is complemented on the second level with an analysis of visualisations of ‚Europe‘ in the caricatures of

three satirical weeklies: *Szpilki* from Poland, *Dikobraz* from Czechoslovak and *Eulenspiegel* from East Germany. The first question in this context is the degree of freedom which existed for the public representation of foreign policy. Then I examine how east European weeklies made use of west European caricatures in order to realise their own political aims. The themes explored in this part are similar to those of the preceding section: national stereotypes and the idea of ‚Europe‘ as a filter of geopolitics.

On the third empirical level I consider the special case of a semi-official sphere in the media landscape of this region – the weekly *Tygodnik Powszechny* from Cracow. After describing the emergence of this weekly and its editorial and journalistic profile, I present three characteristics which were typical for this special case in Polish journalism: its consideration of ‚Europe‘ as a community of culture and civilization; strong political engagement on behalf of ‚European‘ democratic values under communism and, lastly, the various attempts at international cooperation and networking behind the Iron Curtain made by intellectuals and journalists connected with the journal. The final part of this chapter deals with the theme of ‚Europe‘ in Stefan Kisielewski’s work as represented in his weekly feature articles, his travels in Europe and beyond, and in his diaries.

Through an exploration of these sources I attempt to answer a number of questions. Was ‚Europe‘ only another word for the ‚West‘? Was the notion of ‚Europe‘ only significant for political interests in the Eastern bloc, or was it also important in social and cultural imaginations? How was the relationship between Europe and the nation understood? Did the latter dominate the former? Thus my research could contribute to our understanding of East European citizens’ contemporary scepticism towards the European unification process. However, the present work is only an attempt to fill a gap in our understanding of historical developments on both sides of the politically divided continent. In conclusion, without in any way seeking to bolster the political construction of the European Union, I reflect on the consequences of communist-era discourses about Europe.